



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

BEFORE blickt zurück auf das Jahr 2018: Diskriminierungen und rechte, rassistische Gewalt bleiben für viele Münchener*innen Alltag

- **Die Anzahl von Beratungsfällen bei BEFORE ist 2018 auf 174 gestiegen**
- **Rassismus ist in der Antidiskriminierungsberatung und der Opferberatung das häufigste Tatmotiv**
- **Betroffene von Diskriminierungen und rechter, rassistischer Gewalt brauchen langfristige Begleitung und Unterstützung**

München, 21. Februar 2019 – Im Jahr 2018 ist die Anzahl von Fällen, in denen Betroffene von Diskriminierung und rechter Gewalt in München durch BEFORE unterstützt wurden, weiter gestiegen: Insgesamt wurden 174 Fälle beraten. Der Blick auf die Tathintergründe zeigt, dass Rassismus und hier besonders antimuslimischer Rassismus weiterhin besonders häufig auftreten.

Vom Arbeitsplatz bis zum Wohnungsmarkt: In praktisch allen Lebensbereichen finden Diskriminierungen statt - das hat sich 2018 in der Antidiskriminierungsberatung von BEFORE erneut gezeigt. Am häufigsten begleiteten die Berater*innen Betroffene bei Fällen am Arbeitsplatz, bei Behördengängen und im Wohnumfeld. Ein neuer Schwerpunkt zeigte sich außerdem im Bildungsbereich, mit Fällen in Schulen und Universitäten. Abhängigkeitsverhältnisse verstärken auf allen Feldern die Folgen für die Betroffenen und machen den Umgang mit Diskriminierungen schwierig. Am Arbeitsplatz können Beschwerden zum Beispiel dazu führen, dass der Druck auf die Betroffenen zusätzlich erhöht wird. Dabei bedienen sich die für die Diskriminierung verantwortlichen Personen zunehmend zivil- und strafrechtlicher Mittel.

„Die Auswirkungen von Diskriminierungen im direkten alltäglichen Umfeld sind besonders schwerwiegend und können den Betroffenen den Alltag zur Hölle machen. Wenn sie zum Beispiel bei der Zulassung zu Studiengängen diskriminiert werden, kann das für sie Zukunftsperspektiven zerstören“, betont Léa Rei, Beraterin in der Antidiskriminierungsberatung von BEFORE.

Die 79 Fälle in denen die Opferberatung für rechte, rassistische Gewalt bei BEFORE Betroffene begleitet hat, spielten sich vor allem im öffentlichen Raum, aber auch im Wohnumfeld ab. Die Attacken, die häufig in Form von Bedrohungen, Beleidigungen und körperlichen Angriffen stattfinden, haben wie in der Antidiskriminierungsberatung oft einen rassistischen Hintergrund. Die Auswirkungen rechter Gewalttaten halten meist lange an: 38 Jahre nach dem Oktoberfestattentat benötigen Betroffene weiterhin Unterstützung. Auch Menschen, die durch den rechten Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum 2016 getroffen wurden, begleitet BEFORE.

„Die Zahl von Menschen, die in München von rechten Anschlägen, Übergriffen und Bedrohungen betroffen sind, bleibt hoch. Dass im Jahr 2018 auch 23 Kinder und Jugendliche in der Opferberatung von BEFORE begleitet wurden, zeigt, welches besorgniserregende



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

Ausmaß rechte Gewalt angenommen hat“, sagt Damian Groten, Pressesprecher von BEFORE.

Der Abschluss des Prozesses am Münchener Landgericht im vergangenen Jahr war ein wichtiger Schritt in der Auseinandersetzung mit dem rechtsterroristischen NSU-Komplex. Nach den teils milden Urteilen ist klar, dass das Prozessende eine Station auf diesem Weg, aber kein Schlussstrich unter die Aufklärung des NSU-Netzwerkes sein kann. Mit der Einrichtung eines eigenen Fonds für die Betroffenen des NSU in Bayern könnte sich etwa der Freistaat zu seiner politischen Verantwortung gegenüber den Betroffenen bekennen.

„Als „NSU 2.0“ bedrohen Rechtradikale weiterhin eine Anwältin, die Betroffene im NSU Prozess vertreten hat und auch im Umfeld der Bundeswehr soll es rechtsterroristische Netzwerke geben. Die Bedrohung, welche von solchen Strukturen ausgeht, wird leider auch nach der Selbstenttarnung des NSU unterschätzt. Wir dürfen unter keinen Umständen die Fehler der Vergangenheit wiederholen und müssen Betroffenen direkt und unbürokratisch helfen,“ sagt Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand, BEFORE e.V. *„Dafür ist es wichtig, rechte Gewalt eindeutig als solche zu benennen, ein Schritt, den die bayerischen Behörden auch im Falle des Attentates am Olympia-Einkaufszentrum endlich machen sollten. Sonst geschieht das Gleiche wie im Falle von Oktoberfestattentat und NSU: Gesellschaft und auch Sicherheitsbehörden lernen nicht aus den Anschlägen.“*

Nachdem sich Betroffene lange und ausdauernd dafür eingesetzt hatten, setzte die Stadt München 2018 mit der Einrichtung eines Fonds für die Betroffenen des Oktoberfestattentates ein Zeichen für praktische Solidarität gegen rechte Gewalt. Über die Beratungsstelle können Betroffene Anträge auf Unterstützung gegen die anhaltenden Folgen der Tat stellen. Auch wenn eine vollständige Entschädigung der Betroffenen weiterhin fehlt, ist der Fonds ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung, der den Betroffenen direkt zugutekommt.

„Die Ausschreitungen, bei denen in Chemnitz Menschen gezielt rassistisch attackiert wurden sowie die hohe Zahl rechter Übergriffe andernorts zeigen, dass dem Rechtsruck in den öffentlichen Debatten auch Taten folgen. Nicht nur die Politik, sondern auch die Zivilgesellschaft muss der bedrohlichen Verschärfung und Verrohung entschieden entgegentreten. Eine konsequente Strafverfolgung und ein effektiver Schutz der Betroffenen sind selbstverständlich erforderlich, aber darüber hinaus brauchen wir wieder ein Klima des Respekts und der Toleranz, zu dem jede und jeder beitragen kann“, warnt Christian Ude, Vorstandsvorsitzender BEFORE e.V.

Im Anhang finden Sie eine Übersicht über die Arbeit von BEFORE im Jahr 2018. Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an presse@before-muenchen.de.

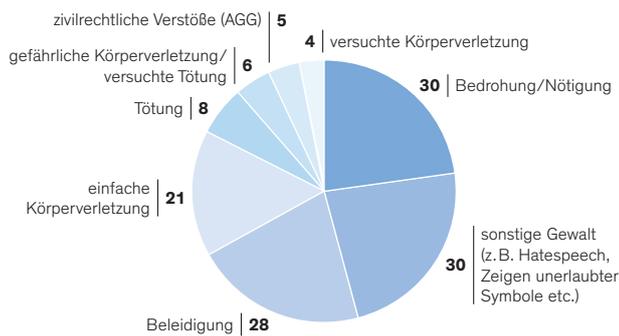


Opferberatung

Die Opferberatung für rechte, rassistische Gewalt hat im Jahr 2018 in insgesamt 79 Fällen Betroffene begleitet und beraten. Hinter diesen Fallzahlen stehen insgesamt 150 Ratsuchende, darunter 16 Kinder (bis 12 Jahre) und sieben Jugendliche (bis 21 Jahre).

FORM DES ANGRIFFS

Mehrfachnennungen möglich



BETROFFENE

Anzahl der Betroffenen, die 2018 beraten wurden*	150
davon Kinder bis 12 Jahre	16
davon Jugendliche bis 21 Jahre	7

* in einem Fall war eine Gruppe, also eine nicht näher zu beziffernde Anzahl Personen betroffen

WO FINDEN DIE ANGRIFFE STATT?

1 öffentlicher Raum	28
2 Wohnumfeld	12
3 Einkaufszentrum/Supermarkt	11
4 Bahnhof/Haltestelle	6
5 Asylunterkunft/Umfeld	6
6 Internet/soziale Medien	3
7 öffentliches Verkehrsmittel	3
8 Restaurant/Nachtclub/Bar	3
9 Demonstration/am Rande von Demonstrationen	2
10 Bildungseinrichtung	1
11 Freizeiteinrichtung	1
12 Gesundheitssystem	1
13 politische Initiativen	1
14 Arbeitsplatz	1

WELCHE TATMOTIVE/MOTIVATIONEN/FEINDBILDER STEHEN HINTER DEN ANGRIFFEN?*

1 Rassismus	66
davon antimuslimischer Rassismus	22
2 Weltanschauung/Religion	24
3 politische Einstellung	13
4 nicht-rechts/alternativ	9
5 visuelle Merkmale	7
6 unbekannt/nicht eindeutig	4
7 Antisemitismus	1
8 sexuelle Orientierung	1
9 Presse	1
10 Sozialdarwinismus	1

* Mehrfachnennungen möglich, Grundlage ist die Wahrnehmung der Betroffenen und die Einschätzung der Berater*innen

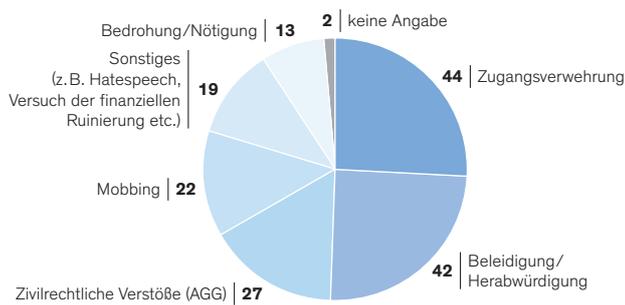


Antidiskriminierungsberatung

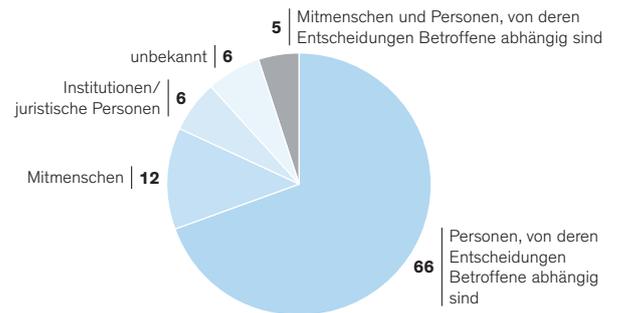
Der Fachbereich Antidiskriminierungsberatung hat im Jahr 2018 in 95 Diskriminierungsfällen Beratung geleistet. Insgesamt unterstützten die Berater*innen 159 Ratsuchende.

DISKRIMINIERUNGSFORMEN

Mehrfachnennungen möglich



STELLUNG DER VERURSACHER*INNEN ZU DEN BETROFFENEN



IN WELCHEN LEBENSBEREICHEN FINDET DISKRIMINIERUNG STATT?

1 Arbeitsplatz	22
2 Behörden	16
3 Wohnumfeld	14
4 Schule	8
5 Wohnungsmarkt	7
6 Arbeitsmarkt	6
7 Universität	4
8 Geschäftswelt/Dienstleistungen z.B. Banken etc.	4
9 Gesundheitssystem	4
10 öffentlicher Raum	2
11 Restaurant/Nachtclub/Bar	2
12 Freizeit-/Sporteinrichtung	1
13 Internet	1
14 Demonstration/Veranstaltung	1
15 Privates Umfeld	1
16 Institution	1
17 unbekannt	1

WELCHE TATMOTIVE/MOTIVATIONEN/FEINDBILDER STEHEN HINTER DEN ANGRIFFEN?*

1 Rassismus	65
davon antimuslimischer Rassismus	20
davon Antiziganismus	2
2 Weltanschauung/Religion	27
3 visuelle Merkmale	16
4 Sprachvermögen	12
5 Behinderung	12
6 Sonstiges	10
7 Gender	8
8 Sozialdarwinismus	5
9 Antisemitismus	3
10 politische Einstellung	3
11 sexuelle Orientierung	3
12 zugeschriebenes Alter	2
13 unbekannt	2
14 nicht-rechts/alternativ	1

* Mehrfachnennungen möglich, Grundlage ist die Wahrnehmung der Betroffenen und die Einschätzung der Berater*innen